



## Disziplin und Solidarität!

Die Gewalt Herrschaft des Kapitals bringt die Sehnsucht nach Befreiung von dieser Gewalt Herrschaft in den Volksmassen ständig mehr zum Erwachen. Not und Ausbeutung zwingen die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampfe für erträglichere Lebensbedingungen und für eine bessere Zukunft. Nach langem Suchen haben die arbeitenden Millionen heute fast überall erkannt, daß die Organisation, der Zusammenschluß, der einzige Weg ist, daß die auf Grund der bewährten gewerkschaftlichen Organisation gewonnenen Methoden die Mittel sind, die uns zum Ziele führen können. Diese Methoden heißen: Aufklärung der Volksmasse, ihre Erziehung zum Klassenbewußtsein, zur Disziplin und zur Solidarität.

Die Früchte der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit sollen sich zeigen in der sich ständig verdichtenden Vereinigung zur Abwehr kapitalistischer Gewaltsakte. Die Begriffe Solidarität und Disziplin, die die Triebfedern der Gewerkschaftsbewegung darstellen, haben in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft tiefgehende Wurzeln geschlagen. Ihre Verankerung und gesteigerte Entwicklung im Hirn der Arbeiterschaft ist der Aufgaben allerwichtigste, da sie die grundlegenden Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung aller Kämpfe darstellen.

In der modernen Gemeinschaft sind zwei Naturgesetze vorherrschend: Der Kampf ums Dasein und der wechselseitige Beistand. Und der Kampf ums Dasein und ums tägliche Brot erweist sich gerade heute als besonders scharf und erbittert. Dieser Kampf stellt die Menschen und die Klassen einander gegenüber. Darum sollte gerade in der Arbeiterklasse, in deren Mitte er am schonungslosesten auftritt, Gegenläge am wenigsten zum Ausdruck kommen. Sie, als der gesellschaftlich und wirtschaftlich schwächere Teil des Volkes, ist ganz besonders darauf angewiesen, zusammenzuhalten, neben den eigenen persönlichen Interessen auch die Interessen der Gesamtheit zu beachten und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, in fest zusammengeschwiefter Front aufzunehmen.

Ist schon die alte Wahrheit, daß der allein stehende Arbeiter weder vorwärts kommen, noch sein Schicksal zu ändern und zu fördern vermag, dann gilt in erhöhtem Maße, daß der allein stehende Arbeiter der kapitalistischen Ausbeutung rettungslos verfallen und in solchem Grade geschwächt ist, daß es ihm an jeder Möglichkeit gebricht, sein Los und seine Interessen zu bessern. Das Zusammenhalten und die Disziplin hingegen geben selbst dem Aller schwächsten Kraft und befähigen ihn nicht nur zur Abwehr, sondern auch zu Angriffen und zu erfolgreicher Durchführung von Kämpfen im Interesse einer verbesserten Lebenshaltung. Die Wünsche und Forderungen des allein stehenden Arbeiters können vom Unternehmer jederzeit abgelehnt werden und dem Arbeiter droht jederzeit die Gefahr einer ohne weiteres erfolgenden Entlassung. Ganz anders aber ist die Situation für den Unternehmer einer organisierten Masse gegenüber, die ihn zwingt, die an ihn gestellten Forderungen ernsthaft zu prüfen.

Die Arbeiterschaft ist nur im Rahmen der Gemeinschaftlichkeit, nur durch gegenseitige Unterstützung und nur durch die Macht der Solidarität imstande, im

Interesse und zum Schutz einer verbesserten Lebenshaltung von Erfolg gekrönte Kämpfe auszutragen. Mit Hilfe der Kraft, die Klassenbewußte und disziplinierte Solidarität verleiht, kann sie alles erreichen, ohne sie aber gar nichts, ohne sie kann sie im Gegenteil in vollkommene Verflawung zurückfallen. „Wissen macht frei!“ Dieser marxistische Leitsatz führt die Arbeiterschaft zur Solidarität und Disziplin und befähigt sie zum zielbewußten, erfolgreichen Klassenkampf dem Kapital gegenüber. Das Ringen zeitigt freilich nicht gleich von heute auf morgen keine Ergebnisse, es erfordert auch Opfer und Leiden. Manche glauben schon nach kurzem Organisiertsein auf bessere Lebensverhältnisse rechnen zu können und lassen beim Ausbleiben sofortiger Erfolge die Organisation unzufrieden im Stich. In der Gewerkschaftsbewegung begegnen wir leider nur zu häufig dieser Erscheinung, die sich nur als Folge von Unwissenheit erklärt. Die Leistung ununterbrochener erzieherischer und aufklärerischer Arbeit ist daher von größter Wichtigkeit. Nur das Wissen befähigt die Menschen zu Ausdauer und Opferbereitschaft. Ebenso ist es das Wissen einzig und allein, das die Disziplin und Solidarität gewährleistet und Macht und Unbesiegbarkheit im Gefolge trägt. Durch die Disziplin wird die Einheitlichkeit sichergestellt, die unerlässlich ist im Kampfe gegen das kapitalistische System. Ohne die Vereinigung von Wissen und Disziplin ist an einen Erfolg nicht zu denken. Ohne die Disziplin würde jeder tun, was ihm beliebt, ohne Disziplin kommen wir nur zur Zersplitterung und Zügellosigkeit.

Der Begriff der Disziplin wird freilich noch vielfach diskreditiert. Die Arbeiterschaft bedarf jedoch keiner zwangsläufigen Zucht, wie sie beim Militär geübt wird. Unsere Disziplin ist eine freiwillige, die wir selbst auf uns nehmen, die wir uns nicht aufzwingen lassen. Sie ist berufen, der Gesamtheit den Interessen der Gemeinschaft zu dienen. Unsere Disziplin bezweckt nicht die Anbetung und Vergötterung einzelner, sondern den Wohlstand und die Befreiung aller Arbeitenden. Und dieser Disziplin wird sich jeder Organisierte und für die Organisation kämpfende mit freudiger Bereitschaft freiwillig unterwerfen.

Gemeinsames Schicksal, gemeinsames Leid und gemeinsame Ziele — diese Momente sind es, die die Arbeiterschaft zur Opferfreudigkeit und Disziplin anfeuern. Sie sind die Triebkräfte der Gewerkschaftsbewegung. Disziplin und Solidarität, die brüderlichen Stützen der modernen Arbeiterbewegung. Wir haben die Pflicht, jedem Kollegen, jeder Kollegin, die unwissend umhertappen und umherirren, aufzuklären, damit sie dem erhabenen Gedanken zugänglich werden, daß die Organisation die beste Wehr der Arbeit bedeutet, sie zu Selbstbewußtsein, zu Disziplin und zu Mitkämpfern für unsere Sache zu erziehen.

Wenn wir diese Dinge vor Augen behalten, werden wir erreichen, wonach jeder strebt: Freiheit, Gleichheit und verbesserte Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. Selbstbewußtsein, Disziplin und Solidarität sind also die Faktoren, auf denen unsere Zukunft gegründet ist.

## Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen.

Etuis-Industrie.

Der Reichsverband der Etuis- und Feintartonnagenindustrie hat den Reichsmantelvertrag zum 30. April getündigt.

### Der Beirat des Verbandes

tritt auf Beschluß des Verbandsvorstandes am 12. und 13. März im Landtagsgebäude in Berlin zusammen. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Situationsbericht; 2. Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung bei entsprechender Beitragserhöhung. 3. Einführung sogenannter Pflichtbeiträge.

### Der Arbeitsmarkt im Januar.

Nach den ziemlich vollständig vorliegenden Berichten der Verwaltungsstellen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes nur wenig gegenüber dem Stande vom Vormonat geändert. Während im Vormonat 1900 oder 10,9 Proz. männliche und 3740 oder 11,2 Prozent weibliche arbeitslose Mitglieder gezählt wurden, waren am letzten Stichtage 1960 oder 11,2 Prozent männliche und 3980 oder 11,9 Proz. weibliche Arbeitslose vorhanden. Ebenso stieg die Zahl der Kurzarbeiter um ein geringes, nämlich von 3857 oder 7,6 Proz. auf 4226 oder 8,4 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stieg also von 9497 oder 18,7 Proz. auf 10 210 oder 20 Proz. so daß also immerhin noch vier Fünftel unserer Mitglieder voll beschäftigt sind. Von den Kurzarbeitern arbeitete das Gros derselben, nämlich 1800 oder 42 Proz. nur 1 bis 8 Stunden verkürzt, während 1140 oder 27 Proz. 9 bis 16 Stunden und 1100 oder 26 Proz. 17 bis 24 Stunden verkürzt arbeiteten.

Die geringe Verschlechterung des Arbeitsmarktes wird auch kenntlich gemacht durch die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben. Während im Vormonat nur 14 Proz. der vom Bericht erfaßten Berufsangehörigen unter einer schlechten Geschäftskonjunktur zu leiden hatten, stieg ihre Zahl jetzt auf 21,6 Proz., während der Prozentsatz der „beiriedigend“ Beschäftigten sich mit 43 bzw. 42 Proz. ziemlich gleich blieb. Dagegen sank die Zahl der „gut“ Beschäftigten von 8045 oder 43 Proz. auf 7140 oder 36,1 Prozent. Nach diesem Barometerstand ist also mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu rechnen.

Wie die folgende Tabelle zeigt, war der Arbeitsmarkt in den elf größten Zählstellen jedoch außerordentlich verschieden. Es zählten:

	Männlicher Arbeitlose	Weibliche Arbeitlose	Kurzarbeiter
Berlin . . . . .	8892	1465 = 16,5%	955 = 10,7%
Leipzig . . . . .	6705	940 = 14,0%	651 = 9,7%
Dresden . . . . .	4378	722 = 16,4%	341 = 8,0%
Hamburg . . . . .	2656	203 = 7,7%	35 = 1,2%
Stuttgart . . . . .	1747	133 = 7,7%	482 = 26,8%
Hannover . . . . .	1639	380 = 23,4%	63 = 3,8%
München . . . . .	1629	112 = 7,0%	133 = 8,1%
Nürnberg . . . . .	1566	224 = 14,0%	86 = 5,4%
Frankfurt a. M. . . . .	1272	123 = 9,7%	148 = 11,6%
Bielefeld . . . . .	884	11 = 1,2%	—
Chemnitz . . . . .	724	27 = 3,7%	179 = 24,7%

Während also Hannover mit 23,4 Proz. Arbeitslosen noch immer an der Spitze steht, weist ebenso Bielefeld, wie im Vormonat, mit 1,2 Proz. den geringsten Stand an Arbeitslosen auf. Abgesehen von Bielefeld ändert sich jedoch das Bild des Arbeitsmarktes ganz erheblich, wenn man auch die Zahl der Kurzarbeiter dabei in Betracht zieht. So hat z. B. Chemnitz nur 3,7 Proz. Arbeitslose, dagegen 24,7 Proz. Kurzarbeiter, während Hannover bei 23,4 Proz. Arbeitslosen nur 3,8 Proz. Kurzarbeiter aufweist.

Der Mitgliederbestand ist nach wie vor stabil und beträgt 50 960, darunter 33 430 Weibliche.

## Zum Reichsaffordlohnentarif im Buchbinder-gewerbe.

### VDB-Vertrag.

Wir hatten im Laufe des vergangenen Jahres mehrfach Gelegenheit, im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ Äußerungen zu lesen, die in einer allgemeinen Klage über zu hohe Affordlohnentarife unserer Kollegen und Kolleginnen in den Buchbindereien gipfelten. So wurde wiederholt der Nachweis zu erbringen versucht, daß zahlreiche Preisbestimmungen im Affordlohnentarif vorhanden seien, die es unseren Mitgliedern ermöglichen, ungewöhnlich hohe Verdienste zu erzielen, die in gar keinem Verhältnis zu den Affordlohnentarifen anderer Berufe ständen. Diese „hohen“ Verdienste sollten eine ungewöhnliche Verteuerung des Bucheinbandes zur Folge haben und darum das Buch schwer verkäuflich machen. Jeder nur einigermaßen mit den Verhältnissen auf dem Büchermarkt Vertraute weiß, daß der Arbeitslohn eine so geringe unscheinbare Quote am Verkaufspreis des Buches darstellt, daß er auch nicht den geringsten Einfluß auf diesen ausüben vermag. Das weiß sicherlich natürlich auch derjenige oder diejenigen, die sich immer wieder in dem eingangs erwähnten Sinne bemühen. Dessenungeachtet wird aber fortgesetzt der Unsin immer aufs neue verzapft.

In Nr. 5 des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien“ vom 4. Februar finden wir unter der Überschrift „Zur bevorstehenden Neubearbeitung des VDB-Affordlohnentarifs“ wiederum eine Abhandlung, in der das Lied von den zu hohen Affordlohnentarifen weitergeführt wird. Es werden darin die Unternehmer aufgefordert, Feststellungen zu machen in bezug auf die änderungsbedürftigen Bestimmungen. Unterlagen sollen gesammelt und der Tarifkommission der Unternehmer zur Verfügung gestellt werden usw.

Es heißt dann wörtlich weiter:

„Nur wenn einwandfreie und durch die Praxis begründete Unterlagen beschriftet werden, ist es möglich, den Affordlohnentarif so zu gestalten, daß er für unsere Betriebe erträglich gemacht wird, denn so, wie derselbe heute aussieht, kann er nicht länger mehr in Anwendung kommen, wenn unsere Betriebe nicht unter diesen unerträglichen Affordlohnentarifen, welche zurzeit bestehen, zum Erliegen gebracht werden sollen.“

Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß eine große Anzahl von Positionen im Affordlohnentarif viel zu hoch ist, wenn auch die Gegenseite immer das Gegenteil behauptet; gerade deshalb müssen wir auch stichhaltige Unterlagen haben, um diese Behauptung der Gegenseite entkräften zu können.“

Der Artikelschreiber sagt dann weiter, daß auch im Vergleich zur Kartonnagenindustrie unsere Affordlohnentarife höher seien. Aus dieser Bemerkung möchte man fast den Schluß ziehen, daß der gute Mann von den Dingen, über die er schreibt, überhaupt nichts versteht, denn sonst müßte er wissen, daß in der Kartonnagenindustrie die Bezahlung der Affordlohnentarife betrieblich geregelt ist. Daß es bei einer solchen betrieblichen Art der Regelung der Affordlohnentarife vorkommt, daß die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter geringer sind, ist natürlich. Ebenso natürlich ist aber auch, daß in anderen Betrieben bessere Verdienstmöglichkeiten, also höhere Affordlohnentarife, für ein und dieselbe Arbeit gegeben sind. Aber was haben alle solche Vergleiche mit unserem seit mehr denn dreißig Jahren bestehenden zentralen Affordlohnentarif zu tun? Das ist es ja eben, was im Kreise unserer Unternehmer immer wieder außer acht gelassen wird, daß in unserem Berufe im Gegensatz zu vielen anderen die Bezahlung der Affordlohnentarife nicht auf betrieblicher, sondern auf zentraler Vereinbarung beruht. Die Unternehmer des ganzen Berufs an allen Plätzen des Reichs sind verpflichtet, für ein und dieselbe Arbeit den gleichen Lohn zu zahlen. Wie bei solcher Regelung des Arbeitslohnes die Betriebe zum „Erliegen“ gebracht werden können, ist uns nicht verständlich. Im übrigen betreiben wir auf das entschiedenste, daß unsere Affordlohnentarife ungewöhnlich hohe seien und deshalb abgebaut werden müßten.

Eigenartig ist es, daß alle die Unternehmer, die im „Allgemeinen Anzeiger“ schreiben, nur immer die zu hohen Affordlohnentarife sehen, nicht aber die zu niedrigen! Oder gibt es etwa solche nicht? Hat einer dieser guten Leute einmal Feststellungen gemacht über die Verdienstmöglichkeiten unserer Kolleginnen, die als Falzgerinnen tätig sind? Das dürfte sich sehr empfehlen, man würde dann nämlich finden, daß es

auch Tarifpositionen gibt, die eine so geringe Verdienstmöglichkeit bieten, daß die Existenz der Arbeiterinnen dabei zum „Erliegen“ kommt. Also ihr sehr verehrten Herren, die ihr euch vorgenommen habt, den Affordlohnentarif korrekt aufzustellen, dehnt eure Ermittlungen bitte auch aus auf die Verdienstmöglichkeiten der Falzgerinnen.

Unsere Kollegen und Kolleginnen aber möchten wir zurufen: Seid auf der Hui! Trefft auch ihr Feststellungen und sammelt Unterlagen! Es gilt, unseren Tarifkommissionen Material in die Hand zu geben, das es ihnen möglich macht, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Daß man bei den kommenden Verhandlungen um den Affordlohnentarif auf Unternehmerseite versuchen wird, hier und da abzubauen, dessen sind wir uns gewiß. Für uns kann es sich jedoch nicht um einen Abbau handeln, sondern wir müssen aufbauen, und zwar dort, wo nachweislich die Preisbestimmungen unzureichende sind. Auch wir müssen sagen, mit allgemeinen Redensarten ist der Sache nicht gedient. Wir müssen den Unternehmern den Nachweis über die Berechtigung unserer Forderungen bringen, nur dann werden unsere Kollegen in den Tarifkommissionen in der Lage sein, den Affordlohnentarif so zu gestalten, daß alle Beteiligten damit auszukommen vermögen.

## Hilfe für die Ausgesteuerten!

In der Verfassung der Deutschen Republik ist im Artikel 163 gesagt:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Daß diese Bestimmung in der Praxis nur in sehr unzulänglicher Weise erfüllt ist, ist handgreiflich und bekannt. Wenn in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge an ein Ehepaar mit einem Kinde in Berlin höchstens 2,90 M. und in kleineren Städten des östlichen Wirtschaftsgebietes sogar nur 1,88 M. pro Tag gezahlt werden, dann ist das zwar ein erheblicher Fortschritt gegenüber der Vorkriegszeit, in der es eine staatliche Fürsorge für die Arbeitslosen überhaupt nicht gab, aber die heutige Erwerbslosenunterstützung ist doch als ausreichend auch bei den bescheidensten Anforderungen nicht anzusprechen. Seit Jahren haben die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und die politische Vertretung der Arbeiterschaft alle ihre Kraft aufgeboden, um die Erwerbslosenunterstützung weiter auszubauen und die eingangs zitierte Bestimmung der Verfassung zur Durchführung zu bringen. Sie sind jedoch damit über den ebenfalls aufgezeigten bescheidenen Stand nicht hinausgekommen. Nach der neuesten Wendung in der politischen Lage Deutschlands ist auf absehbare Zeit viel eher mit einem Abau der erst eben geschaffenen Krisenfürsorge, als mit einer Erweiterung der Erwerbslosenunterstützung zu rechnen, denn unter der Herrschaft des Blochs des bürgerlichen Besitzes wird es neben anderem auch an dem guten Willen fehlen, den Erwerbslosen auch nur in einigermaßen ausreichender Weise zu helfen.

Das alles zeigt klipp und klar, was es mit dem Hinweis auf sich hat, daß die Unterstützung der Erwerbslosen eine Aufgabe des Staates sei, der in den Aufsätzen zur Frage der Ausdehnung unserer Arbeitslosenunterstützung in den letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ mehrfach wiederkehrt. Von dem Himmel auf die „Pflicht des Staates“ zur Unterstützung der Erwerbslosen wird niemand satt; und deshalb bleibt es so wie bisher auch weiter eine unabwiesbare Aufgabe der Gewerkschaften, sich der Arbeitslosen anzunehmen, wenn sie nicht Schaum-schlägerlei, sondern praktische Gewerkschaftspolitik treiben wollen.

Wie steht es nun aber bei uns mit der Arbeitslosenunterstützung? Gewiß, der Hamburger Verbandstag hat die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes so ausgebaut, daß wir uns nach den damals obwaltenden Verhältnissen damit sehen lassen konnten. Die Verhältnisse sind seitdem aber andere geworden. Zur Zeit des Verbandstages hatten wir im Verband 1180 Arbeitslose, die etwa 2 Proz. seiner Mitglieder darstellten. Bald nach dem Verbandstag setzte die damals fast schon erwartete Krise ein, die mit der Zeit einen Umfang annahm, wie ihn wohl kaum jemand vorausahnte, und die dahin führte,

daß wir im August 1926 mit 8855 Arbeitslosen rechnen mußten, die 17,5 Proz. der gesamten Mitgliedschaft darstellten. Daß unser Verband trotzdem seinen statutarischen Verpflichtungen ohne jede Einschränkung und ohne jede Extraeinnahme erfüllen konnte, obgleich neben den Arbeitslosen im 3. Quartal 1926 zeitweilig noch fast 18 000 Kurzarbeiter zu verzeichnen waren, die einen Einnahmeausfall brachten, wie er in Nummer 3 der „Buchbinder-Zeitung“ vom Verbandsvorstand aufgezeigt wurde, ist ein Zeichen für die gesunde finanzielle Kraft unseres Verbandes, die gewiß alle Anerkennung wert ist.

Außer dem katastrophalen Umfang der Arbeitslosigkeit zeigte sich dann aber schließlich die ganz abnorm lange Dauer der Arbeitslosigkeit, die zunächst die im Oktober vorigen Jahres durchgeführte Notmaßnahme brachte und die den Verbandsvorstand dann offenbar zu der Vorlage nötigte, die jetzt zur Beratung steht. Die Zahl der Arbeitslosen ist bis zum November vorigen Jahres zwar langsam bis auf 5220 gleich 10,3 Proz. der Mitglieder gesunken, ist inzwischen aber schon wieder gestiegen, wie die Veröffentlichung über den „Arbeitsmarkt im Dezember“ in Nummer 3 der „Buchbinder-Zeitung“ zeigt. (Siehe den neuesten Stand in der vorliegenden Nummer, D. Red.) Das alles mußte der Verbandsleitung die Frage nahelegen, ob nicht nach der Notmaßnahme vom Oktober vorigen Jahres noch ein Weiteres für die ausgesteuerten Verbandsmitglieder getan werden müsse, und es muß als ein glücklicher Gedanke anerkannt werden, daß der Verbandsvorstand diese Frage nicht nur im bejahenden Sinne beantwortete, sondern sich auch dazu entschloß, diesmal ganze Arbeit zu leisten und dafür einzutreten, daß die notwendige neue Verlängerung der Dauer unserer Arbeitslosenunterstützung als eine dauernde Einrichtung in das Statut eingefügt werde.

Nach sehr vorsichtiger Schätzung kann angenommen werden, daß fast der vierte Teil aller unserer Arbeitslosen über ein Jahr arbeitslos ist, und wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß wir auf lange Zeit hinaus noch mit sehr langer Dauer der Arbeitslosigkeit in sehr vielen Fällen rechnen müssen. Unter diesen Umständen muß die in Nummer 3 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte Vorlage des Verbandsvorstandes auf das dringendste befürwortet werden. Es wäre unverantwortlich, wenn der Beirat die so lange Zeit ohne Verdienst sich durchschlagenden Verbandsmitglieder einfach ihrem Schicksal überließe oder sie mit kleinen Mitteln abspiste, wie sie in Nummer 2 und in Nummer 6 der „Buchbinder-Zeitung“ in mehreren Variationen empfohlen wurden, die aber schließlich nicht Fisch und nicht Fleisch sind.

Und nun die Rehrseite der Angelegenheit! Außerordentliche Maßnahmen erfordern außerordentliche Mittel. Wer das eine will, darf das andere nicht verlangen. Es wird das ganze Problem überhaupt von der falschen Seite angefaßt, wenn man, wie es in mehreren Aufsätzen in den letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gefehlt, die Frage der Beitragsneuregelung in den Vordergrund stellt, jede Beitragserhöhung ablehnt und dann glaubt folgerichtig zu handeln, wenn man den Ausgesteuerten die kalte Schulter zeigt. Anders herum wird ein Schub daraus. Die Not der Ausgesteuerten ist das primäre. Wenn man sie und die Notwendigkeit weiterer Hilfe anerkennt — und sie muß anerkannt werden —, dann müssen einfach die Mittel beschafft werden, um die notwendige Hilfe durchzuführen. Und der Vorschlag des Verbandsvorstandes schießt in dieser Beziehung doch wahrhaftig nicht übers Ziel hinaus. Es soll die schwierige Lage vieler unserer Verbandsmitglieder durchaus nicht verkannt werden, aber trotzdem darf man sagen, daß mit 5 oder 10 Pfennigen Beitragserhöhung doch von den noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen nur ein so kleines Opfer verlangt wird, daß es gegenüber den Lasten gar nicht ins Gewicht fällt, die die langfristige arbeitslosen Verbandsmitglieder tragen müssen. Ein schlechtes Zeugnis würden solche Mitglieder sich selbst ausstellen, die angesichts der steigenden Not der Ausgesteuerten der 5 oder 10 Pfennige Beitragserhöhung wegen die Organisation verlassen oder in eine niedrigere Beitragsklasse zurückgehen würden. Sie würden nicht nur den Ausgesteuerten, sondern auch sich selbst einen schlechten Dienst damit erweisen, denn

auch sie selbst werden früher oder später einmal benötigt sein, in der einen oder der anderen Weise die Hilfe der Organisation in Anspruch zu nehmen, und dann würden sie von einem Rücktritt in eine niedrige Beitragsklasse selbst den größten Schaden haben. Aber nicht nur das. Auch die Aufrechterhaltung unserer Lohnsätze wird gefährdet, wenn die Not der Ausgesteuerten ins Ungemessene steigt, und deshalb ist die weitere Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung nicht nur im Interesse der Ausgesteuerten, sondern auch im Interesse der noch in Arbeit stehenden Mitglieder und der Organisation selbst notwendig. Darauf und auf die zwingenden Bestimmungen auf Seite 31 des Statuts müssen die Ortsverwaltungen nötigenfalls mit allem Nachdruck hinweisen. Dann muß und wird es auch gelingen, die Vorlage des Verbandsvorstandes nach ihrer voraussetzlichen Annahme durch den Beirat ohne Schaden für die Organisation durchzuführen.

Auf den sogenannten Pflichtbeitrag möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Was dazu zu sagen notwendig ist, ist in Nummer 3 vom Verbandsvorstand und in mehreren nachfolgenden Aufsätzen von verschiedenen Kollegen gesagt. Schon die Ordnung erfordert, daß zur Aufrechterhaltung der mit der Zeit immer größer werdenden Ansprüche an die Organisation laufend wenigstens ein geringer Anerkennungsbeitrag geleistet wird und was für die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder bereits durchgeführt und möglich ist, sollte bei uns nicht unmöglich sein.

Aber die aufgeworfene Kompetenzfrage nötigt mich doch noch zu einigen Darlegungen. Gewiß, der Verbandstag ist die höchste Instanz unseres Verbandes. Was er beschloßen hat, ist Recht und Gesetz für die Organisation. Sollte das aber wirklich so verstanden werden müssen, daß das Statut starr und nur nach dem Buchstaben angewandt werden muß, auch wenn die Verhältnisse, die den Verband und uns alle in ihren Bann zwingen, sich so sehr verändern, daß das bestehende Recht zum Unrecht wird? Das kann nicht sein und das kann auch der letzte Verbandstag nicht gewollt haben, als er seine Beschlüsse über die Arbeitslosenunterstützung faßte. Der Beirat ist eingesetzt, um in wichtigen Verbandsangelegenheiten, die dringliche Lösung erfordern, zu beschließen. Davon muß er jetzt Gebrauch machen. Der Verbandsvorstand und der Beirat würden vor dem nächsten Verbandstag schlecht bestehen, wenn jetzt der Buchstabe siegen würde über den Sinn des Statuts, nach dem doch sicherlich den Arbeitslosen geholfen werden soll, soweit die Verhältnisse, die stärker sind wie wir, es erfordern und soweit die Möglichkeit dazu vorhanden ist. B. S., Berlin.

### Zur Beitragsfrage!

Es war zunächst nicht meine Absicht, mich in den Meinungsstreit über die geplante neue Beitragserhöhung einzulassen, aber nachdem die Polemik über diesen Punkt Formen annimmt, wie der Artikel des Kollegen — ex in Nr. 4, ist es doch notwendig, daß sich recht viele Mitglieder zu der aufgeworfenen Frage äußern. Es geht doch nicht an, wenn ein Kollege eine andere Meinung vertritt, daß gleich die Tugend des Betreffenden in Anrechnung gebracht wird. Was kann denn der angeblich junge Kollege — dafür, wenn er etwas später wie Kollege — ex auf den budligen Erdenloß gesetzt wurde. Lieber Kollege — ex! Wir alle bedauern es außerordentlich und bringen es auch fast jeden Tag zum Ausdruck, daß sich unsere heutige Jugend nicht mehr so aktiv betätigt, sei es auf gewerkschaftlichem, politischem oder genossenschaftlichem Gebiete, wie es vielleicht bei uns vor 25 bis 30 Jahren der Fall war. Glaubt man denn mit dieser Art von Polemik die jüngeren Kollegen zur Mitarbeit anzuspornen? Mit nicht! Auch dieser angeblich junge Kollege — r hat das Recht, seine Ansicht in unserem Verbandsorgan zum Ausdruck zu bringen. Denn nicht allein die jüngeren Mitglieder, sondern auch ältere Mitglieder können das Betreuen im Punkte Beitragsfrage nicht mitmachen. Also bitte keine Selbstüberhebung, selbst wenn wir alt und grau in der Arbeiterbewegung geworden sind, sondern Toleranz auch demjenigen gegenüber, der eine andere Meinung vertritt.

Man braucht nicht mit allem einverstanden zu sein, was in dem Artikel des Kollegen — r zum Ausdruck kommt, aber in einigen Punkten gehe ich mit

ihm konform, so z. B. in der Auffassung, daß die allgemeine Bürgerchaft mehr als bisher für die Opfer der wahnsinnigen Wirtschaftskrise aufzukommen hat. Es geht nicht an, daß wir als Gewerkschafter immer nur allein der Not und dem Elend der Erwerbslosen zu steuern suchen. Solange die Geschäftswelt unter dem Motto arbeitet „Kleiner Umsatz, großer Nutzen“, solange wird auch nicht an eine Beendigung dieser Krise zu denken sein. Hier muß die gesamte Bürgerchaft eingreifen, aus allgemeinen Mitteln müssen diese zur Untätigkeit Verurteilten unterstützt werden. Man braucht damit nicht auf den St. Nimmerleinstag zu warten, bis der Staat sich aufrafft, diesen Kernsten der Armen zu helfen. Das kann schon jetzt geschehen, wenn sich unsere Erwerbslosen von der Scheu frei machen würden, die Wohlfahrtsämter in Anspruch zu nehmen. Gar mancher wird beim Lesen dieser Zeilen den Ruf ausstoßen: Verschont mich nur mit dem Wohlfahrtsamt! Nur gemacht, ihr Kollegen! Werken wir dabei folgende Frage auf: „Haben wir uns, wir nebst unseren Frauen und unsere Kolleginnen schon ernstlich bemüht, gerade auf diesem Gebiet uns praktisch zu betätigen? Wie ganz anders würde es in der Wohlfahrtspflege aussehen, wenn wir durch intensive Mitarbeit in diesen Bemühen den Ausgesteuerten praktische Hilfe angedeihen ließen! Was haben wir da bisher geleistet? Die zweifelloste und undankbare Aufgabe, als Pfleger oder Pflegerin mit tätig zu sein, hat man bisher in den meisten Fällen den Mittelständlern, den Frauenvereinen und katholischen Caritasverbänden überlassen. Vielleicht rafft sich so mancher befähigte Kollege und dessen Frau, so manche befähigte Kollegin auf, mit Hand anzulegen an diesem edlen Werk und mit dafür zu sorgen, daß unsere Arbeitsbrüder und Schwestern vor dem wirtschaftlichen Untergang behahrt bleiben. Wer auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege mit tätig ist, wird zugeben müssen, daß die indifferente erwerbslose Arbeiterchaft nicht so jaghaft der Fürsorge gegenübersteht, wie es seitens der Fortgeschrittenen der Fall ist. Es ist doch heute wirklich keine Schande, wenn diese Institutionen in Anspruch genommen werden, gegenüber den Armenämtern der Vorkriegszeit, die alles andere waren, nur keine Stätte für Hilfsbedürftige. Voraussetzung ist eben immer wieder, daß sich immer mehr Helfer und Helferinnen aus den Schichten der arbeitenden Bevölkerung zur Verfügung stellen. Wohl weiß ich, daß in nur wenigen Städten die Wohlfahrtspflege so ausgebaut ist, wie hier am Ort, wohl weiß ich, daß in den meisten Städten und noch mehr in den Landgemeinden gerade auf diesem Gebiete noch vieles im argen liegt, aber bei empfindlicher Mitarbeit der organisierten Arbeiterchaft wird auch hier mancher Stein aus dem Wege geräumt werden zum Wohle der gesamten notleidenden Menschheit.

Und nun einige Worte zum Kernpunkt der ganzen Beitragsfrage. Soll es denn so weitergehen, daß wir in kurzen Zwischenräumen eine Beitragserhöhung vornehmen, die wohl gezwungenermaßen gebahrt wird, aber innerlich einen bitteren Beigeschmack hinterläßt? Stehen wir denn nicht noch immer vor der schweren Aufgabe, Tausende und aber Tausende für die Organisation zu gewinnen? Alle die Mitarbeiter, denen es obliegt, unter dem rüchständigsten Teil unserer Berufsangehörigen, nämlich der Arbeiterchaft in der Kartonnagenbranche, zu agitieren, sie alle wissen es am besten, ob es möglich ist, bei fortwährend steigenden Beiträgen diese Indifferente der Organisation zuzuführen. Steht es doch heute schon so, daß manche Arbeiterin der 3. Beitragsklasse ihrem Vater in der Höhe der Beitragsleistung gleich steht, wenn nicht noch übertrifft. Wer gedenkt denn jener Kollegen und Kolleginnen, die schon ein Jahr und darüber hinaus verzärtelt arbeiten und deren Einkommen in vielen Fällen noch unter dem eines Erwerbslosen steht? Wollen wir den Arbeiterinnen, die allein stehen, die ebenfalls von dieser Kurzarbeit betroffen sind und kaum das Brot verdienen, wollen wir diesen zumuten, immer noch höhere Beiträge zu zahlen? Komme man nur nicht mit der Bemerkung, die 5 oder 10 Pf., die mehr gefordert werden, würden beim Haushaltssetz gar nicht ins Gewicht fallen. Wie viele unserer Mitglieder haben schon heute eine ganz ertrockene Summe an Beiträgen zu zahlen. Ich nenne Gewerkschaft, Partei, Konsumanteil, Volksfürsorge, Feuerbestattung — vom Sport ganz abgesehen —, alles Institutionen, die doch gewiß nicht

als überflüssig bezeichnet werden dürften. Also brechen wir ab mit der fortwährenden Beunruhigung unserer Mitglieder infolge der Beitragserhöhung. Auch ich habe die großen Bedenken, die auch schon von einzelnen Kollegen in der Zeitung zum Ausdruck gekommen sind, daß es ein gut Teil von Mitgliedern geben wird, die dann in eine niedrigere Klasse abwandern. Wenn das bisher nicht in Erscheinung getreten ist, dann kann man nicht daraus schließen, daß es in alle Ewigkeit so bleibt. Wundern muß ich mich allerdings über die Ansicht des Kollegen P. F. aus Breslau, der ebenfalls einer nochmaligen Beitragserhöhung das Wort redet. Wundern deswegen, da ich es gar nicht glauben kann, daß sich meine Landleute, die früher während meiner dortigen Lehrzeit und noch viele Jahre später fast gar nicht dem Organisationsgedanken zugänglich waren, auf einmal so opferfreudig, so idealistisch veranlagt sind. Keinen sollte es wohl mehr freuen wie mich, wenn es Tatsache wäre, wenn die Ansicht des Kollegen P. F. Allgemeingut der Breslauer Mitglieder wäre. Ich nehme ja nun an, daß alle Kollegen und Kolleginnen, die im Beirat sitzen, sich noch einmal den Ernst der Situation vor Augen führen, sich nochmals fragen, ob die Nachteile der geplanten höheren Beitragsleistung die Vorteile nicht überwiegen. Wenn die ganze Sache nüchtern geprüft wird, dann wird man ganz gewiß zu der Ansicht kommen, daß es genug ist des grauenhaften Spiels mit der in bestimmten Abständen stattfindenden Beitragserhöhung. Belassen wir es also bei der nun einmal eingeführten Extrasteuer vom Oktober v. J. bis zum nächsten Verbandstag, dem dann die nötigen Unterlagen unterbreitet werden und der entsprechende Beschlüsse fassen wird.

Sollte aber doch wider Erwarten der Vorschlag des Verbandsvorstandes eine Mehrheit im Gesamtsbeirat erhalten, was bei dessen eigenartiger Zusammensetzung möglich ist, dann möchte ich einer anderen Regelung der Unterstützung der Erwerbslosen das Wort reden. In einzelnen Artikeln der letzten Zeitungen wird ja bereits zum Ausdruck gebracht, daß die eventuell beschlossene Verlängerung der Unterstützungstage auf einen größeren Zeitraum verteilt werden soll, durch Kürzung des bereits bestehenden täglichen Unterstützungsbetrages. Vielleicht prüfen die Mitglieder im Reich einmal den Vorschlag der Frankfurter Kollegen, der bereits seit 1. Oktober v. J. aus lokalen Mitteln verwirklicht ist und der dahingehet:

Alle ausgesteuerten Mitglieder erhalten fortlaufend einen monatlichen Mietzuschuß, und zwar: Nach einjähriger Beitragsleistung 5 Mk., nach drei Jahren 7,50 Mk. und nach 5 Jahren 10 Mk.

Die Sätze sollen bei der Prüfung nicht maßgebend sein, das kommt ja lediglich auf die Klassenverhältnisse an, sondern nur die Form der Unterstützung sollte im wesentlichen der Beachtung dienen. Auf diese Weise würden wir dauernd mit den Ausgesteuerten in Fühlung bleiben und den davon betroffenen Kollegen und Kolleginnen würde der Mietzuschuß am Ende des Monats sehr willkommen sein. Dabei will ich auch die Auffassung der beiden Dresdener Kollegen in Nr. 2 unserer Zeitung unterstreichen, die die Frage aufwerfen, ob nicht so manche größere Zahlstelle im Punkte Lokaltbeitrag sehr, sehr kleinlich gewesen ist. Es gibt solche Zahlstellen — nicht alle —, die in der Lage gewesen wären, ihren Lokaltassen mehr Munition zuzuführen. Wenn wir auch zu den erwähnten kurzfristigen Zahlstellen zählten, dann wäre eben bei uns die Auszahlung des eben erwähnten Mietzuschusses an unsere Ausgesteuerten eine glatte Unmöglichkeit. Möge darum der Hinweis unserer Dresdener bei günstigerer Wirtschaftslage wie heute nicht ungehört verhallen. Ich bitte also nochmals, daß diesem unseren Vorschlag von den Kollegen und Kolleginnen Beachtung geschenkt, daß er geprüft wird und dementsprechend gehandelt wird. Vielleicht befaßt sich der Verbandsvorstand auch einmal mit diesem Vorschlag, der für beide Teile, für die Organisation und Organisierte, nur von Vorteil sein kann. Sollte also wirklich die Vorlage des Verbandsvorstandes im Punkte Beitragszahlung im Gesamtsbeirat Annahme finden, dann fort mit der einmaligen Auszahlung, fort mit der Verlängerung der Unterstützung um einige Tage und an dessen Stelle einen den Klassenverhältnissen entsprechenden Mietzuschuß gesetzt.

Was nun die Erhöhung der Beiträge in der Lehrlingsklasse anbetrifft, so bin ich ganz entschieden dagegen, daß man diese ganz nach Willkür entlohtenen jungen Leute mit einem höheren Beitrag belasten will. Sorgen wir zunächst dafür, daß diese Lehrlinge sofort bei uns Ansehlich finden, aus ihnen tüchtige, brauchbare Gehilfen werden, indem wir mehr wie bisher deren Ausbildung unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und wir werden sie dann in späterer Zeit im wirtschaftlichen Kampfe gebrauchen können.

In den Kompetenzstreit über die Befugnisse des Beirates zur Vorlage des Verbandsvorstandes, der auch in der Zeitung zum Ausdruck kommt, will ich mich weiter nicht einmischen, aber bezüglich der Einführung eines Pflichtbeitrages neige auch ich der Meinung zu, daß man ruhig dem nächsten Verbandstag die Erledigung dieses Antrages überlassen soll. Es geht nicht an, daß ein Antrag, der schon seit 20 Jahren die Verbandstage beschäftigte, immer wieder von diesen abgelehnt wurde, nun im Beirat zur Erledigung kommen soll, wo man sich der Hoffnung hingibt, dank der eigenartigen Zusammenfassung des Beirats eine Mehrheit für diesen Antrag zu finden. Gewiß ist der erwähnte Antrag ein alter Frankfurter Antrag, dem ich bei regulären Zeiten meine Zustimmung geben würde. Aber unter den heutigen Verhältnissen ist er wohl kaum noch aufrechtzuerhalten. Machen wir also keine Kraftprobe, etwas im kleineren Gremium durchzusetzen, was bisher auf den Verbandstagen nicht möglich war.

Nach all dem Angeführten komme ich nun zu der Schlussfolgerung, daß die Zusammenberufung des Beirats nicht so große Eile hat, daß wir zunächst einmal warten sollen, inwieweit die Unternehmer bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen der verschlechterten Lebenslage der Arbeitnehmer Rechnung tragen und daß es mit der nun einmal erhobenen Extrafsteuer sein Bewenden hat. Trachten wir alle danach, die Mitglieder in den für sie in Frage kommenden Beitragsklassen zu halten und lassen wir die Hände weg von einer erneuten Beitragserhöhung. K. K., Frankfurt a. M.

**Zur Neuregelung der Verbandsbeiträge.**

Nachdem die Wirtschaftskrise zu einer Dauerkrise geworden ist, sollte unser Mitgliedskreis mit feinerlei Befremden den Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung der Verbandsbeiträge aufgenommen haben. Sind wir heute als Gewerkschafter verpflichtet, unsern arbeitslosen Mitgliedern, soweit es in unserer Kraft steht, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, dann müssen wir aber auch ein wachames Auge darüber haben, wie sich der Staat den Ärmsten der Armen, speziell den Ausgesteuerten gegenüber verhält. Zwei Forderungen müssen wir hier erheben. Erstens muß die Karenzzeit für die Arbeitslosen beseitigt werden, so daß die Unterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt wird, und zweitens müssen die Unterstützungsätze so sein, daß sie eine menschliche Existenz möglich machen. Bedauerlich ist, daß nicht schon mehr Sturm gegen die jetzigen Erwerbslosenfürsorge gelaufen wurde.

Was die Erhöhung der Verbandsbeiträge anbetrifft, so muß hier bedauert werden, daß man nicht schon gleich mit der 44. Woche des Vorjahres die Erhöhung durchgeführt hat. Das wäre verständlich gewesen für alle jene, die mit Interesse an unseren Verbandsarbeiten teilnehmen. Nun kommt eine Hauptfrage: Ist es tatsächlich notwendig, wegen einer Beitragserhöhung für männliche Mitglieder von 10 Pf. und für weibliche von 5 Pf. den Verbandsbeitrag zusammenzutrommeln? Beachtet bitte die Kosten der Verbandsbeiratsitzung und jeder muß mir recht geben: Die Angelegenheit betreffend Erhöhung der Verbandsbeiträge kann durch eine schriftliche Umfrage bei den Beiratsmitgliedern geregelt werden! Im Interesse des Verbandes liegt es, den Beirat jetzt nicht zusammenzurufen und die Kosten hierfür zu sparen. Franz Mann, Mannheim.

**Gau Thüringen.**

Eine Lehrlingsfahrt nach Weimar.

Der von vielen Lehrlingen langersehnte Tag war gekommen. Der ungenügenden Bahnverbindung wegen mußten sich viele schon in den frühesten Stunden aufmachen, denn um 9 Uhr sollte man in Weimar sein, und eine fünf- bis sechsstündige Bahnfahrt war

notwendig, um dorthin zu kommen. Nur in einem Falle war es nötig, die Reise schon am Sonnabend anzutreten.

Die Beteiligung war über alles Erwarten groß, denn aus 18 Orten unseres Gaues waren 154 Lehrlinge, 32 Gehilfen und 3 Kolleginnen erschienen. Nach einer kurzen Erholung im Volkshaus wurde die von Herrn Professor Dorfner in der Fachschule in zwei großen Räumen aufgemachte Ausstellung besichtigt. In dem einen Raum waren Bücher in halbfertigem Zustande aufgestellt. Da kamen vor allen Dingen die verschiedenen Handheftungen zur Darstellung, solche mit echten Bänden in der Heftlade, ferner solche in den verschiedenen Stadien weiterverarbeitet bis zu einem Ganzleberband, ins Leder gemacht mit echten Bänden.

Im großen Nebensaal waren fertige Bücher ausgestellt, vom einfachen Halbleinenband bis zum elegantesten Ganzleberband mit prächtigen Handvergoldungen. Nachdem sich die Besucher erst einen Ueberblick verschafft hatten, fanden die Vorträge statt.

Vorher begrüßte im Namen der Innung Herr Obermeister Berlich die Erschienenen, denn auch die Innung hatte sich mit einer kleinen Anzahl Lehrlinge beteiligt. Darauf begrüßte im Namen unseres Verbandes Kollege Vander als Vorsitzender der Zahlstelle Weimar und gleichzeitig im Namen des Gauvorstandes die Anwesenden. Danach ergriff Herr Professor Dorfner das Wort und be sprach in sehr instruktiver Weise Fragen vom Fach.

Ausgehend von der Herstellung der Bücher im frühen Mittelalter durch Mönche, erklärte er, worauf es heute alles ankommt. Da spielt vor allen Dingen die Kenntnis des Materials eine Rolle, der Farbensinn, der entwickelt werden muß, und dann die äußerliche Kennzeichnung des Inhalts des Buches. Hier ist vor allen Dingen zu beachten, daß mit den einfachsten Mitteln eine große Wirkung erzielt wird. Die sehr belehrenden Ausführungen des Herrn Professors Dorfner fanden gute Aufnahme bei den Hörern.

Darauf hielt unser Gauleiter, Kollege Machner, einen kurzen Vortrag über „Das Streben eines Lehrlings“. Die Tatsache, daß die anwesenden Lehrlinge sich unseren Beruf erwählt haben, soll bei ihnen soviel Enthusiasmus hervorbringen, sich auch durchzusetzen. In erster Linie sollen Fleiß und Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, etwas Tüchtiges zu erlernen. Heute, bei dem Ueberangebot von Arbeitskräften, ist es für den einzelnen schwerer als früher, ein Fortkommen im Berufe zu finden, da eine viel größere Auslese der Tüchtigsten gehalten werden kann. Ein edles, reines Streben zu größter Vollkommenheit muß jeden erfüllen. Dieses Streben darf nicht in Rücksichtslosigkeit seinen Mitarbeitern gegenüber ausarten, vor allen Dingen soll man auch keine Geheimnisträuerei mit seinem Können treiben. Alle zu höchster Leistungsfähigkeit emporzuführen, muß die Aufgabe eines jeden sein. Dabei müssen die Lehrlinge weitestgehende Unterstützung von Gehilfen und Meistern finden. Machner wies auch auf die Verpflichtungen hin, die die Lehrlinge ihren Eltern gegenüber haben, und die sie nur erfüllen können, wenn sie wirklich Tüchtiges leisten. Darauf zeigte Machner den Weg, wie andere Wissensgebiete durch eifriges Lernen beherrscht werden müssen, denn mit den größeren und immer schwierigeren Aufgaben mühten auch die geistigen Fähigkeiten, verbunden mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen, erweitert werden. Auch diese Ausführungen wurden allseitig beifällig aufgenommen.

Daraufhin erklärte Herr Prof. Dorfner nochmals eingehend an Hand der ausgestellten Stücke die Arbeiten. Mit regstem Interesse folgten alle Anwesenden diesen Ausführungen, die viele zu neuen Taten und intensivstem Lernen anregen werden. Von 1 bis 2 Uhr fand ein gemeinsames Mittagessen im Volkshause statt. Darauf teilte man sich in kleinere Gruppen und nahm einen Rundgang durch die Stadt vor, um das Interessanteste von Weimar kennen zu lernen.

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.**

**Johannes Frey †**

Wieder hat der unerbittliche Tod einen alten Kämpfer von uns genommen. Am 20. Januar starb nach langem, schwerem Leiden der Kollege Johannes Frey in Stuttgart im Alter von 60 Jahren.

Schon frühzeitig trat er der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung bei. Bald gründete er unsere Zahlstelle in Göppingen, wo er nach seiner Militärdienstzeit arbeitete. Später siedelte er wieder nach Stuttgart über, wo er schon vordem tätig gewesen war. Auch hier stand er bald in den vordersten Reihen der Bewegung, zuletzt bis 1905 als Bevollmächtigter. Nachdem die Zahlstelle auf rund 1200 Mitglieder angewachsen war — nicht zuletzt durch seine unermüdete Tätigkeit —, wurde er anfangs 1906 als Angestellter der Zahlstelle gewählt. Eine seiner ersten Arbeiten war die Führung des großen Streiks im gleichen Jahre.

Im Jahre 1912 legte er sein Amt nieder. Der bald darauf folgende Krieg nahm ihm seinen einzigen Sohn. Seitdem trankelte er. Nun hat ihn der Tod erlöst. Wir halten sein Andenken in Ehren!

**Vorträge über alte und neue Buchkunst.**

Leider etwas sehr verspätet wird uns von der Korporation der Berliner Buchhändler mitgeteilt, daß im Laufe des Februar und in der ersten Hälfte des März in Berlin sechs Vorträge über alte und neue Buchkunst stattfinden.

Im ersten Vortrag (3. Februar) sprach Herr Professor Dr. Hans Loubier über „Vergleiche zwischen alter und neuer Buchkunst“. Im zweiten Vortrag (10. Februar) sprach der gleiche Referent über „Buchillustration“ und am 17. Februar spricht er über den „Bucheinband“.

Der vierte und fünfte Vortrag (24. Februar und 3. März) behandelt „Was muß ich vom Kunstblatt und seiner Herstellung wissen?“ Im ersten Teil werden „Die verschiedenen Reproduktions- und Druckverfahren“ geschildert, im zweiten Teil „Das Kunstblatt im Heim“. Der letzte Vortrag beschäftigt sich mit der „Künstlerischen Schaufensterdekoration“, über die Professor Franz Seck spricht. Sämtliche Vorträge werden durch zahlreiche Lichtbilder erläutert. Eintrittskarten für den einzelnen Vortrag 0,75 M. Alle Vorträge beginnen abends 8 Uhr, sie finden statt im Hörsaal der Staatlichen Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a. Eintrittskarten sind erhältlich in der Geschäftsstelle der „Korporation der Berliner Buchhändler“, Buchhändlerhaus, Eingang Wilhelmstraße 47, Aufgang C, parterre rechts.

**Internationales.**

Der 4. Internationale Gewerkschaftskongreß findet in den Tagen vom 1. bis 6. August 1927 in Paris statt. Dem Kongreß gehen voraus eine Konferenz der Internationalen Berufsssekretariate und eine Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz.

Anträge zum Kongreß müssen spätestens bis zum 1. Juli dem Amsterdamer Bureau eingesandt werden. Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten folgende Punkte:

- a) Der organisatorische Aufbau des IGB.
- b) Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung,
- c) Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen,
- d) Internationaler Kampf um den Achtstundentag,
- e) Die wirtschaftliche Weltlage,
- f) Abrüstungsfragen und Kampf gegen Krieg und Militarismus.

**Was bringt die Arbeitslosenversicherung?**

**Richtigstellung.**

In dem Artikel unter dieser Ueberschrift in Nr. 5 unserer Zeitung ist ein recht unangenehmer Fehler enthalten, den wir mit diesem zu berichtigen bitten. Im vorletzten Absatz dort aus dem Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die vorgegebenen Lohnklassen wiedergegeben und dabei gesagt, daß die Hauptunterstützung für Lohnklasse 7 25 Proz. des angenommenen Einheitslohnes betragen soll. Es muß richtig heißen: 35 Proz.

### Die Herstellung von Zigaretenschachteln in „Fließarbeit.“

Die Jagenberg-Werke A.-G., Maschinenfabrik in Düsseldorf, bauen seit mehr als vierzig Jahren Maschinen für die Kartonnagenindustrie und wirken durch manche gute und gewinnbringende Maschine an der großen Entwicklung der Kartonnagenindustrie maßgebend mit. Insbesondere sind die Jagenberg-Werke Bahnbrecher im Bau moderner Klebmaschinen aller Art, von der Rändel- und Etiketten-Anlein-Maschine bis zum

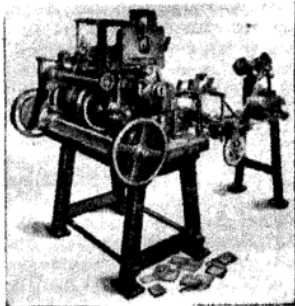


Abbildung 1.

Voll-Automaten für die Herstellung überzogener Schuhkartons und Feinkartonnagen gewesen.

Eine wichtige Neubeit dieser Firma ist die Fertigung von Zigaretenschachteln „in Fließarbeit“. Fließarbeit ist die wirtschaftlichste Herstellungsweise für Massenerzeugnisse. Nachdem sie mit großem Erfolg vom Amerikaner Ford zur Herstellung von Automobilen verwendet wurde, sucht man sie jetzt überall, wo sie anwendbar ist, einzubürgern. Ford verwendet sie in ständiger Bewegung befindliches Förderband derart, daß sich die für die Herstellung eines Automobils erforderlichen einzelnen Arbeitsgänge ohne jeden Stillstand in lückenloser Folge aneinanderreihen. Als Vorzüge dieser Arbeitsweise haben sich u. a. ergeben:

1. Bedeutende Ersparnisse an Arbeitskräften und somit an Löhnen.
2. Raumersparnis durch gedrängteres Aneinanderreihen der Maschinen.
3. Erhöhte Leistung, denn die in Fließarbeit beschäftigten Arbeiterinnen müssen in einer gegebenen Zeit eine bestimmte Arbeitsmenge leisten.
4. Behälter zum Aufbewahren der verschiedenen Teile, wie Kisten, Körbe usw., fallen fort, wodurch an Raum gewonnen und größere Beweglichkeit des Betriebes erzielt wird.
5. Die früher zum Befördern der halbfertigen Fabrikate benötigten Arbeitskräfte werden überflüssig.
6. Verschwindend geringer Ausschuß, da die Arbeitsstücke durch Fortfall des Aufstapelns und Verschiebens weder beschädigt noch beschmutzt werden.
7. Durch sofortige Weiterverarbeitung der eben fertiggestellten Teile behalten diese ihre Form, und dadurch wird das Fertigprodukt unbedingt gleichmäßig.
8. Während des ganzen Arbeitsvorganges werden die herzustellenden Teile oder Fertigfabrikate von Menschenhand nicht berührt, bleiben deshalb unbedingt sauber.

Da gefällige, ansprechende Aufmachung zu den Verkaufserfolgen erheblich beiträgt,

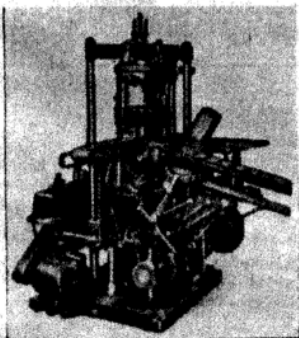


Abbildung 2.

wird sich in Zukunft der Bedarf an Kartonnagen weiter ständig steigern. So hat der Verbrauch von Zigaretenschachteln, seit die Zigarette zum Markenartikel geworden ist, gewaltig zugenommen. Dies gab den Jagenberg-Werken die Anregung, eine Gruppe von fünf Maschinen her-

auszubringen, die untereinander durch Förderbänder verbunden sind, und auf denen in einem Durchgang 30 bis 40 Zigaretenschachteln in der Minute fig und fertig hergestellt werden.

Auf einem „Druck- und Stanzautomaten“ werden die Zuschnitte für die Deckel (Oberseite) innen ein- und mehrfarbig bedruckt, ausgestanzt, gerillt oder auch

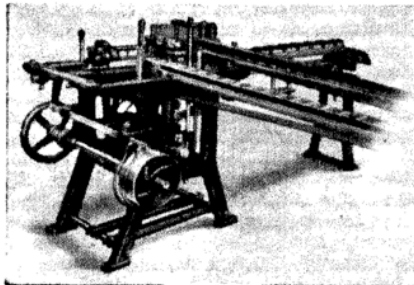


Abbildung 3.

gerillt. Die fertigen Kartonzuschnitte sind stoßweise von Hand in die erste Maschine der Gruppe, den „Viereckenhewer (Abb. 1) einzulegen. Nun be-

ginnt die Fließarbeit damit, daß die Zuschnitte selbsttätig gebrochen, mit einem Streifen schmalen, dünnen Manillapapier geheftet und nach innen eingestrichen werden. Das so fertig geformte Schachtel-Deckelstück fällt auf ein Förderband, das es in die zweite Maschine, den „Präge- und Wölbe-Automaten-Meteor“ (Abb. 2) führt. Diese Maschine nimmt jeweils einen Deckel vom Förderband und schiebt ihn über eine Prägeform. Gleichzeitig wird automatisch von einem Stapel ein vorher gummiertes und getrocknetes Heberzugpapier (Etikett) abgehoben und samt dem Schachtel-Oberteil in eine Form gepreßt, in der es während ungefähr sechs Sekunden einem trägen Druck ausgesetzt ist, wodurch das gummierte Papier warm aufgezo-gen und das jetzt mit Kappe versehene Ober-teil gewölbt oder ge-prägt wird. Von dieser Maschine aus wird der Deckel selbsttätig auf ein Förderband abgelegt und einer dritten Maschine zugeführt, dem sogenannten „Zudeckler“ (Abb. 3), der die Deckel auf die von der anderen Seite kommenden Schachtel-Unterteile aufsteckt. Diese Schachtel-Unterteile werden in der unmittelbaren neben der Zudeckel-Maschine stehenden vierten Maschine, dem „Halswunder“ (Abb. 4) in neuartiger, hervorragend schöner Weise hergestellt. Alle bisher üblichen Vorbereitungen der Hälse, wie Schneiden und Röhren der Schläuche, Kleben derselben und Zerteilen in Zargen, kommen in Wegfall. Der Hals wird von einer Kartonrolle, deren Breite der Höhe des Halses entspricht, in der Maschine gerillt, abgeschnitten, geleimt und in das Unterteil eingelegt, worauf das selbsttätige Ablegen des Unter-teils auf ein Förderband und Zuführung zur Deckelmaschine erfolgt. Aus der Zudeckelmaschine wandern nunmehr die zusammengelegten Schachteln automatisch zur fünften Maschine, dem „Ringler“ (Abb. 5). Dies ist eine Verändelungs-maschine, die selbsttätig einen beliebigen bedruckten Papierstreifen um die vier Höhen-seiten der Schachtel klebt und auf diese Weise Ober- und Unterteil fest verschließt. Nunmehr ist die Schachtel bis zum Aufschneiden an drei Seiten fertig. Der nachstehende Grundriß der Gruppe zur Fertigung von Zigaretenschachteln auf dem beschriebenen neuartigen, ganz automatischen Wege zeigt das Ineinandergreifen der verschiedenen Arbeitsgänge. Die Erledigung der Fließarbeit erfordert fünf Arbeiterinnen und einen Mechaniker. Die Arbeit der bedienenden Mädchen besteht im wesentlichen in der Auffüllung von Kartonzuschnitten, Rollen- und Streifenmaterial, Leim usw.; sie ist denkbar verein-

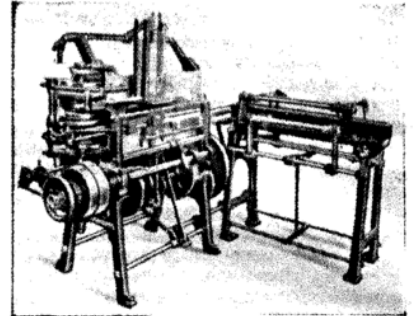


Abbildung 5.

licht durch eine Anzahl automatischer Führer-sicherungen, die bewirken, daß, wenn kein Zuschnitt vorhanden ist, kein Heberzugpapier abgegeben wird; wenn kein Unterteil vorhanden ist, die Maschine keinen Karton für den Hals abgibt usw. Hierdurch wird Verlust und Ausschuß an Material aufs äußerste verringert. Der zu verarbeitende Karton kommt in Rollenform zur Verwendung.

Unserer Schriftleitung liegen in Fließarbeit auf den oben besprochenen Maschinen hergestellte Schach-

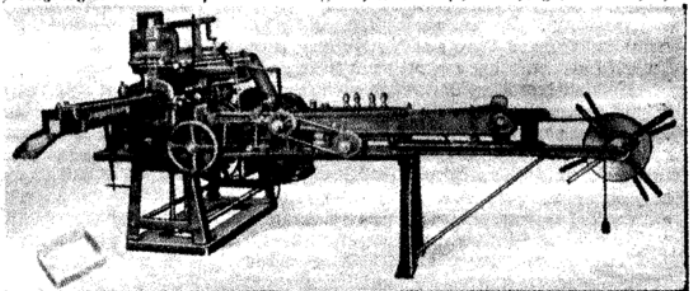
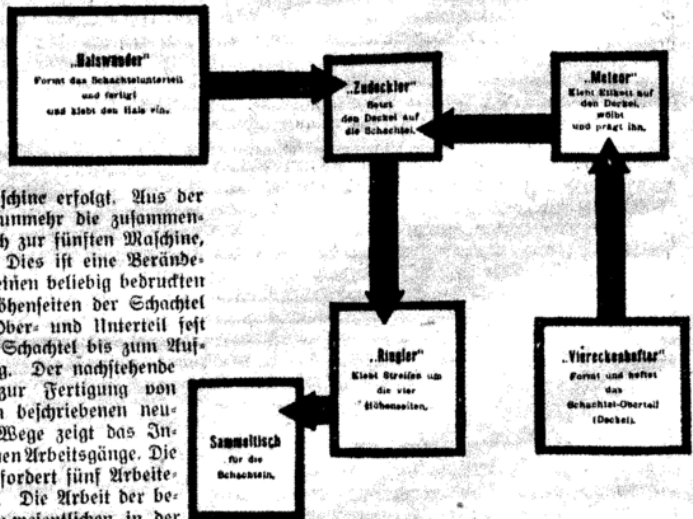


Abbildung 4.

keln vor, die als außerordentlich genau und in jeder Weise tadellos ausgeführt bezeichnet werden können. Die Firma veranschaulicht die Zustände der fünf Arbeitsgänge dadurch, daß sie diese an Arbeitsmustern zeigt und diese in einem Mustertarnton zusammenstellen ließ; darin befinden sich die Zuschnitte, die in den vier Ecken gehefteten Rohschachtelteile, der Bodenteil mit eingesetztem Hals, der bezogene und gewölbte Deckel, die gerändelte und die aufgeschmittene Schachtel. Auf diese Weise erhält man vorgeführt, was in mechanischem Arbeitsgange heute geleistet werden kann und wie das Ergebnis ausfällt, das auf eine Art entseht, die in der Wirtschaftlichkeit und Zeitausnutzung kaum mehr zu überbieten sein dürfte.

Unsere Gauleiter hatten anlässlich der Gauleiterkonferenz Anfang Oktober in Düsseldorf Gelegenheit, im Betrieb der Firma Jagenberg die Abteilung zur Herstellung von Kartonnagenmaschinen zu besichtigen. Dort wurde ihnen auch die damals im Entstehen be-



griffene kombinierte Maschine zur Herstellung von Zigaretenschachteln in Fließarbeit vorgeführt.

**Berichte.**

**Annaberg-Buchholz.** Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die recht zahlreich besucht war. Eine lebende Palme und ein Strauß roter Nelken schmückte den Platz des Kollegen Walter Hempel, der gerade am Beramungstage sein Verbandsjubiläum feiern konnte. Kollege Grummt hielt eine kurze Ansprache zu seinen Ehren und richtete Dankesworte an ihn für seine leibzeitige Tätigkeit. Die Kollegenschaft, und ganz besonders die Jugendlichen, ermahnte er, dem Beispiele des Kollegen Hempel nachzuahmen. Als dann ging man zur Tagesordnung über. Grummt erstattete den Kassen- und Jahresbericht. Die Zahlstelle ist für den Verband ein Zukunftsbild. Besonders die Arbeitslosigkeit in der Kartonnagen- und Prägeindustrie hat große Anforderungen an den Verband gestellt. An Unterfrüngen mußten gezahlt werden: An Arbeitslose 13.101,10 Mark, an Kranke 2756,70 Mk. und an Streikende 18.000 Mk. Die Höhe der Arbeitslosenunterfrüfung beweist, daß die Arbeitslosigkeit ungeheuer gewesen ist, denn die Hälfte der Mitglieder mußte diese Unterfrüfung in Anspruch nehmen. Die agitatorische Betätigung wurde durch die Wirtschaftskrise sehr gehemmt, und es ist ein Mitgliederückgang von 66 Kollegen und 218 Kolleginnen zu verzeichnen. Der Geschäftsbericht kündete von einer regen Tätigkeit der Verwaltung. Ihr wurde das Vertrauen dadurch ausgesprochen, daß man die alte Verwaltung wiederwählte. Von der Versammlung wurde vorgeschlagen, die Ortsverwaltung zu erweitern, und wurden zwei Kolleginnen hinzugenähmt, um die Wünsche der Kolleginnen besser berücksichtigen zu können.

Die Absicht des Verbandsvorstandes betr. Erweiterung der Arbeitslosenunterfrüfung mit entsprechender Beitragserhöhung regte zu lebhafter Debatte an. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Verbandsvorstand wohl die besten Absichten vertritt, doch sei die Zeit zu Beitragserhöhungen nicht geeignet. Den Mitgliedern fällt es jetzt schon schwer, die Beiträge aufzubringen, und es wird befürchtet, daß viele Mitglieder in niedrigere Klassen gehen und dabei ihre bisher höheren Rechte verlieren werden. Den ausgesetzten Mitgliedern kann wohl mit einer erweiterten Unterfrüfung geholfen werden, aber das bedeutet ja doch nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Selbst unsere Arbeitslosen sprachen sich gegen eine Erhöhung der Beiträge aus und verzichteten auf Erneuerung der Unterfrüfung, da sie selbst fühlen, wie schwer es den Mitgliedern bei einem Stundenlohn von 65 Pf. fällt, 1,50 Mk. als Beitrag zu zahlen. Eher sollte der Verbandsvorstand der Kurzarbeiter gedenken, die bei dreitägiger Arbeit oft weniger haben als wenn sie arbeitslos sind. Diese Kollegen erhalten keine Verbandsunterfrüfung und müssen ihre Beiträge zahlen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß es den Erwerbslosen gut geht, es soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kurzarbeiter ebenfalls sehr leiden müssen und zu den erhöhten Beiträgen mit herangezogen werden sollen. Obwohl man glaubte, daß der leibzeitige Extrabeitrag wieder in Wegfall kommen sollte, wurde vorgeschlagen, bei der Gaukonferenz, die sich ebenfalls mit der Beitragserhöhung beschäftigt, dafür einzutreten, daß der bisherige Extrabeitrag als Regelbeitrag erhoben wird und die Unterfrüfungsdauer der 1. Klasse auf 35 Tage, der 2. Klasse auf 50 Tage, der 3. Klasse auf 65 Tage, der 4. Klasse auf 80 Tage und der 5. Klasse auf 95 Tage auszu dehnen. Damit könnte sich unsere Organisation sehen lassen und die Mitglieder, auch die Arbeitslosen, würden mit dieser Regelung einverstanden sein.

Dann brachte Kollege Hempel seinen Dank über die ihm gewordene Ehrung zum Ausdruck. Ein Antrag, die Jahresgeneralversammlung Sonntags vormittag abhalten zu wollen, wurde angenommen.

**Breslau.** Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sich seit langer Zeit wieder einmal eines guten Besuches erfreute. Genosse Eggers vom Bildungsausschuss der Breslauer Arbeiterkraft hielt einen einhalbstündigen Vortrag über die „Notwendigkeit der Bildungsbestrebungen der Arbeiterkraft“. In vortrefflicher Weise verstand es der Referent, diese Notwendigkeit den Versammelten vor Augen zu führen. Er warb zum Schluß seines Referats für den Besuch der Veranstaltungen des Arbeiter-Bildungsausschusses, für rege Benutzung der Zentral-Arbeiterbibliothek und für die Mitgliedschaft in der Breslauer Volkshöhe. Der stürmische Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Kollege Rippert hat die Anwesenden, die Worte des Referenten zu beherzigen.

Der Geschäftsbericht, den Kollege Rippert gab, legte Zeugnis ab von einer regen Tätigkeit der Ortsverwaltung im 4. Quartal, konnten doch allein 237 Neuaufnahmen gemacht werden. In zusammenfassender Weise streifte Rippert noch die wichtigsten Ereignisse im verfloffenen Geschäftsjahr, rügte den

schlechten Versammlungsbefuch in letzter Zeit und fand ferner scharfe Worte über das Verhalten einiger organisierter Kolleginnen und Kollegen, die trotz der großen Arbeitslosigkeit es noch fertig bringen, wahllos Ueberstunden zu leisten. Anschließend dankte Rippert allen Funktionären, besonders den Branchenleitern, für die tatkräftige Mitarbeit am weiteren Aufbau der Zahlstelle. Den Kassenbericht gab Kollege Klar. Die Verbandskasse zeigte eine Einnahme von 8002,61 Mk., der eine Ausgabe von 3749,67 Mk. gegenüberstand. Die Gaukasse hatte eine Einnahme von 2860,87 Mk. gegenüber einer Ausgabe von 1201,95 Mk. Abgeliefert wurden 1658,92 Mk. Die Lokalkasse brachte (einschl. Bestand vom 3. Quartal) 4252,76 Mk. Einnahme und eine Ausgabe von 1493,25 Mk. Bestand der Lokalkasse 2759,51 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 148 Kollegen und 724 Kolleginnen gegenüber dem Stande vom 19. Januar 1926 mit 137 Kollegen und 653 Kolleginnen. In scharfen Worten rügte Kollege Klar das Restantenunwesen und forderte die Werkstattassierer zur Beseitigung deselben auf.

In der Aussprache über den Geschäfts- und Kassenbericht wandten sich die Kollegen Heimig und Bonke ebenfalls gegen das Restanten- und Ueberstundenunwesen.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, und zwar der Kollegen Rippert als 1. Vorsitzenden, Böer als 2. Vorsitzenden, Hoffmann als Schriftführer, Bonke als Branchenleiter der Kartonnagenbranche, Kramer als Branchenleiter der Buchbinder, Kollegin Pagle als Branchenleiterin der Tüten- und Beutelbranche, die Kolleginnen Stasche und Hedwig Simon als Beisitzerinnen, die Kollegen Dehnelt, Hertel und Bodal als Revisoren. Als Jugendleiter wurde Kollege Maronne einstimmig gewählt, da Kollege Kneiff eine Wiederwahl als Jugendleiter ablehnte. Dann gab Klar einen kurzen Bericht über die Tarifkämpfe und über den Schiedspruch im Buchdruckgewerbe. Er wies angelehnt der bevorstehenden Kämpfe auf die Notwendigkeit der restlosen Organisierung aller Berufsangehörigen hin. Unter „Verschiedenes“ machte Rippert auf die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und Verbandsstage betreffs Förderung der Konjunkturgewerkschaftsbewegung aufmerksam. Nachden Rippert noch die nächsten Veranstaltungen bekanntgeben und zu zahlreichem Besuch derselben aufgefordert hatte, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Düsseldorf.** Die Generalversammlung vom 21. Januar beschäftigte sich mit dem Geschäftsbericht, mit dem Bericht der Betriebsräte, mit den Neuwahlen und mit unserem nächsten Fest. Aus dem Geschäftsbericht ergab sich, daß das verfloffene Jahr auf lohnpolitischem Gebiete ein ruhiges war, das allerdings mit Weiterleuchten anfang. Versuchte doch eine Firma den Abbau der übertariflichen Bezahlung. Durch scharfe Maßnahmen der vier graphischen Verbände wurde dieser Anschlag abgewehrt. Das gleiche geschah noch ein paarmal im Laufe des Jahres. Die Unternehmer versuchten dann auf andere Art ihren Willen durchzusetzen, indem sie Neueinstellungen nur zum Tariflohn vornahmen, aber beim Nachlassen der Arbeit sofort mit Entlassungen bei der Hand waren, auch wenn nach acht Tagen schon wieder Neueinstellungen erfolgen mußten. Eine tarifwidrige Wehringssücherei hat mit Zustimmung der Handwerkskammer Einzug gehalten. Beschwerden bei dieser blieben bis jetzt unbeantwortet. Die Beschlüsse der Zahlstelle wurden in einer General- und zehn Mitgliederversammlungen, zwei Delegierten-, elf Vorstands- und vier graphischen Kartellversammlungen sowie zwölf Werkstatt- resp. Betriebsversammlungen erliebt. An Vorträgen, die das wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet behandelten, konnten bei gutem Anhang sieben gehalten werden. Die Solidarität innerhalb der Kollegenschaft fand einen guten Ausdruck in der Errichtung einer Notgemeinschaft zur Unterfrüfung der Erwerbslosen von der achten Woche ab. Von der Notgemeinschaft erhielten außer der Zentralunterfrüfung ohne Karenzzeit bei eintretender Arbeitslosigkeit aus lokalen Mitteln 4 Mk. die männlichen und 2 Mk. die weiblichen Mitglieder pro Woche. Auch zu Weihnachten kamen außerdem an Kranke und Erwerbslose noch Extrainterfrüfungen aus der Lokalkasse zur Auszahlung. In mehreren Fällen mußte energisch Stellung betreffs Neueinstellungen genommen werden, da trotz der Erwerbslosen am Orte und neunstündiger Arbeitszeit von einzelnen Firmen und den dort tätigen Faktoren weitgehend Ueberstundenleistung verlangt wurde. Der Geschäftsgang war im Laufe des Jahres sehr schwankend, er fand nur durch die „Gefolse“ eine momentane Festigung. Der Mitgliederbestand hielt sich auf der bekannten Höhe. Der Aufgabentreis der Zahlstelle erweiterte sich durch die Errichtung einer Jugendabteilung, die gute Fortschritte macht. Durch den Besuch der „Gefolse“ konnte die Zahlstelle viele

Funktionäre des Verbandes begrüßen, zuletzt die Gauleitertouren im Oktober.

Zur Betriebsrätebewegung berichtete Müller, daß sich erst sechs Gruppen konstituiert hätten. Die Versammlungen der Gruppe 6, graphisches Gewerbe, wurden von unseren Kollegen gut besucht.

Die Diskussion war eine sehr rege. Die Neuwahlen bestätigten den alten Vorstand wieder. An Stelle der ausscheidenden Kollegin Glasmacher wurden die Kolleginnen Immier und Wilhelm gewählt, als Revisoren die Kollegen Beyherter und Hegemann und als Tarifschiedsgerichtsbeisitzer die Kollegen Schmitt, Broich, Hejeler und Badus, zu Kartelldelegierten die Kollegen Neufers und Müller und als Erstmann Ernst.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen und Beantwortung einiger Anfragen fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende. Wenn die Zahlstelle nach innen und außen gefestigt dasteht, dann ist das nur der idealen Mitarbeit der Funktionäre zu danken. Hoffentlich unterstützt die Gesamtkollegenschaft diese durch rege Anteilnahme und noch besseren Versammlungsbefuch.

**Halberstadt.** In einem Halberstädter Betrieb kam der Kollege M. am 30. Dezember mit der rechten Hand zwischen Sattel und Kurbelstange einer mit Kraft betriebenen Schneidemaschine. Er verjuchte hinter dem Messer einen Stoß Papier zu halten, während vorn ein Mitarbeiter die Maschine einrückte, so daß die herabgehende Zugstange die Hand festklemmte und Kollege M. ernsthaftige Quetschungen davontrug.

In einem anderen Betrieb in Halberstadt pukste die Kollegin K. während des Ganges eine Lütenmaschine mit Krantanztrieb. Bei dieser Arbeit wurden ihr drei Finger der linken Hand erheblich gequetscht. In der gleichen Firma ist schon im Juli vorigen Jahres der Hilfsarbeiter J. bei der gleichen Beschäftigung mit dem ganzen Arm in die gleiche Maschine geraten, so daß er mehrere Knochenbrüche davontrug. J. ist Zeit seines Lebens verkrüppelt.

**Hannover.** Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Kornacker. Aus der Jahresübersicht ist zu ersehen, daß im Vorjahr 13 General- und Mitgliederversammlungen, eine Branchenversammlung der Umierer, zwei Betriebsräte- und zwei Erwerbslosenversammlungen stattgefunden haben. In sechs dieser Versammlungen wurden Vorträge gehalten, darunter drei Lichtbildervorträge. Unsere Jugendgruppe hielt 46 Zusammenkünfte und Versammlungen ab, in denen 19 Vorträge belehrenden Inhalts gehalten wurden.

Kornacker berichtete dann eingehend über die Tarifpolitik des Verbandes im verfloffenen Jahre und über die Gestaltung der verschiedenen Reichstaxen. Ganz besonders schwer hatte die hannoversche Kollegenschaft unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Die Betriebe der Geschäftsbücherindustrie arbeiteten das ganze Jahr hindurch mit einem um 25 bis 40 Proz. verkrüppelten Personalbestand, und auch die im Betriebe Verbliebenen mußten Monate hindurch Kurzarbeit leisten. In der Kartonnagenindustrie gestatteten sich die Verhältnisse katastrophal durch den fast vollständigen Abbau der Zigarettenkartonnagenindustrie. Bei etwa 2000 Mitgliedern zählte die Zahlstelle

Ende Januar	482 Arbeitslose	und	761 Kurzarbeiter
„ März	583	„	761
„ Juni	620	„	755
„ Sept.	686	„	730

Ende Dezember waren bei 1659 Mitgliedern noch 354 arbeitslose Kollegen und Kolleginnen vorhanden. Infolge dieser Verhältnisse ging der Mitgliederbestand von 605 männlichen und 1394 weiblichen am Anfang des Jahres auf 626 Kollegen und 1033 Kolleginnen am Ende des Jahres zurück. An Sonderunterfrüfung an die Arbeitslosen und Ausgesetzten wurden im Jahre 1926 5018,35 Mk. ausbezahlt, davon 2082,— Mk. aus gesammelten Gebetern und 2936,35 Mk. aus Mitteln der Lokalkasse.

Die Erfassung des Kassenberichts vom 4. Quartal wurde auf die nächste Versammlung verlag.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der Kollegen Kornacker (1. Vorsitzender), Pöppler (2. Vorsitzender), Gille, Schindler, Strunk, Bremer und der Kolleginnen Kauderer und Karow (Beisitzer); an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Sieger wurde Ilferts neu gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Bremer und Müschler, und als Delegierte zum graphischen Kartell die Kollegen Ohwald und Köber gewählt. Kornacker machte dann auf die Veranstaltungen der hiesigen Volkshochschule und auf die am 7. Februar stattfindende Werberversammlung für unsere Jugend aufmerksam und ersuchte ferner, sich schon jetzt auf die demnächst stattfindenden Betriebsrätewahlen vorzubereiten, damit in allen Betrieben die Wahl vollzogen werden kann.

**München.** Am 28. Januar hielt die Zahlstelle ihre gutbesuchte Jahresgeneralversammlung ab, in der Kollege Baer einleitend einen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr gab. Aus dem vom Kollegen Baer gegebenen Geschäftsbericht der Zahlstelle ist hervorzuheben, daß trotz der anhaltenden Arbeitslosigkeit in unserem Berufe der Mitgliederstand am Orte ziemlich ausgeglichen geblieben ist. Welche Fülle von Arbeit auch wieder in diesem Geschäftsjahr zu bewältigen war, zeigen die zahlreichen Versammlungen und Sitzungen sowie die Verhandlungen am Gewerbegericht, im Schlichtungsausschuß und auch im Sozialministerium. Der Redner schilderte eingehend die Verhältnisse in der Lüten- und Beutelindustrie und in den Steindruckereien und Kunstanstalten, ferner die Verhältnisse im Gau Südbayern, wo in der Lütenindustrie die Arbeitslosigkeit und die Einführung neuer Maschinen einen Mitgliederrückgang bewirkt haben. Zur Fortsetzung des Geschäftsberichts sprach Kollege Müller über die Kartonnagenbranche und zeigte an Hand einwandfreier Zahlen das schlechte Organisationsverhältnis der in den hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeiterchaft. Daß solche Zustände Rückwirkungen auslösen, beweise das letzte Vorgehen der Unternehmer dieser Branche. Ein Spiegelbild der derzeitigen Wirtschaftskrise war der Bericht über den Arbeitsnachweis mit seinen verhältnismäßig geringen Stellenvermittlungen. Daß es mit der Lehrkassenabteilung trotz der hiesigen erschwerten Verhältnisse auf- und vorwärts geht, beweist die wachsende Anteilnahme der Lehrlinge an den verschiedenen Veranstaltungen und Ausstellungen.

Den Kassenbericht von der Zahlstelle, der gedruckt vorlag, ergänzte ebenfalls Kollege Müller. Er verwies auf die Ausgaben der Lokalkasse an arbeitslose und ausgesteuerte Mitglieder in Höhe von 4051,70 Mk., an frante Mitglieder in Höhe von 253,90 Mk., an notleidende Mitglieder von 100 Mk. und für Sterbefälle von 292,80 Mk. Diese Belastung der Lokalkasse sei als sehr hoch zu bezeichnen. Den Kassenbericht vom Gau Südbayern erstattete Kollege Faust. Die Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen.

Dann lag der Versammlung ein Antrag des Kollegen Müller vor:

„Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit, die Jugend beiderlei Geschlechts in einer Jugendabteilung zusammenzufassen, ausdrücklich an und beschließt die Bildung einer Jugendabteilung. Zur Organisation der Jugendabteilung wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die alles weitere zu veranlassen hat.“

Dieser Antrag wurde von dem Antragsteller ausführlich begründet und in der Aussprache als gut bezeichnet. In die Kommission wurden die Kollegen Kiendle, Fürlich, Langner, Schottenhammer und Frau Krämmler gewählt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Baer, Schriftführer: Osterrieder und Langner, Beisitzer: Stephan, Knudlmeier, Binmer, Bindl und die Kolleginnen Eichhorn und Saemmer, Revisoren: Laver Brugger, Martin Brugger und Paul Dietrich. Anschließend wurden die Delegierten zur Gaukonferenz gewählt; die Versammlung bestimmte die Kollegen Stephan, Kiendle, Laver Brugger, Paul Dietrich und Martin Brugger.

Kollege Faust berichtete sodann über die Tarifverhandlungen von Eisenach und Erfurt. Trotz der nicht gerade günstigen Geschäftslage konnte der Ansturm der VDB- und Kartonnagenunternehmer zum Zwecke des Lohnabbaues abgewehrt werden. Nachdem Faust alle Anwesenden ermahnte, in diesem Jahr fest zur Organisation zu stehen und rege Agitation unter den Fernstehenden zu treiben, damit wir kommenden Kämpfen einig und geschlossen entgegenzutreten können, fand die interessant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Saarbrücken.** Am 23. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Diese hätte einen besseren Besuch aufweisen dürfen, insbesondere unsere weiblichen Mitglieder glänzten stark durch Abwesenheit. Schuld daran tragen wohl die viel „interessanteren“ tarnenartigen Veranstaltungen, die einen Teil unserer Mitglieder abgehalten haben, ihrer Pflicht als Verbandsmitglieder zu genügen. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden, Kollegen Kiefer, gab dieser den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr, das in organisatorischer und tariflicher Hinsicht genügend Arbeit brachte und auf Grund der Einstellung und des Widerstandes der Unternehmer unseren Wünschen und Forderungen gegenüber an die Organisationsleitung die stärksten Anforderungen gestellt hat. Mehrere Lohnbewegungen mußten geführt werden, um die Entlohnung den stets steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen. Die Besserung des französischen Franken hat uns nicht das gebracht, was allgemein gewünscht wurde. Trotz der schlechten Geschäftslage einiger Betriebe war es möglich, die Arbeitslosenziffer niedrig zu halten. Die Mitgliederzahl

hat sich um sieben erhöht, und es sind 98 Proz. aller Berufsangehörigen im Saargebiet erfasst mit Ausnahme der Kartonnagenindustrie, die auf Grund der gemachten Erfahrungen ein schwer zu bearbeitendes Werbefeld für unsere Organisation auch in Zukunft sein wird.

Der Lehrkassenfrage hat unsere Leitung die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Leider haben wir bei der Ausbildung der Lehrlinge in den Innungsbetrieben fast gar keinen Einfluß. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Verbänden war gut, und besonders innerhalb des Rahmens des graphischen Kartells hat ein gutes Einvernehmen bestanden. Auf die Versammlungen ist die Vaueit und Gleichgültigkeit eines Teils der Mitglieder nicht ohne Einfluß gewesen.

Dann sprach Kiefer über die Verhältnisse im Reich. Die Lohn- und Manteltarifkündigungen werden auch für uns nicht ohne Einfluß bleiben. Im kommenden Geschäftsjahr ist es unbedingt notwendig, daß sich jeder Kollege und jede Kollegin mehr als bisher an die Organisation anschließt und durch erhöhte aktive Tätigkeit dem Verbands den notwendigen Rückhalt gibt, soll dieser mit Erfolg operieren.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat unsere Organisation gegen die Firma Saardruckerei eine Klage auf Zahlung des Tariflohnes der Hilfskräfte, auf Entschädigung des gemahregelten Vertrauensmannes und wegen Herstellung von Gehilfenarbeit durch Mädchen beim Tarifschiedsgericht eingereicht. Dieses hat in dem einstimmig gefällten Urteil zu unseren Gunsten entschieden.

Den Kassenbericht gab Winiker. Erhebliche Beträge sind im vergangenen Jahr für Arbeitslosen-, Kranken- und sonstige Unterstützungen aufgewandt worden. Der Kassenbestand am Ende des Geschäftsjahres konnte darum kein besserer sein, obwohl dies zu wünschen wäre. Die Berichte der Vertrauensleute aus den einzelnen Betrieben lassen über die Verhältnisse in einigen von diesen noch manches zu wünschen übrig, jedoch sind die Verhältnisse der Gesamtlage entsprechend günstig. Dank des festen Zusammenhalts der Kollegen in der Firma Hofer konnte eine Maßregelung des Vertrauensmannes verhindert werden. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Bevollmächtigter: Kiefer, Kassierer: Winter, Schriftführer: R. Müller, Beisitzer: Stedem, Schloß und Bauer, Delegierte zum Kartell: Anforge und Wähler, Revisoren: Fahrrot und Schuh.

Der Vorsitzende des Ortsvereins der Buchdrucker wohnte als Gast der Versammlung bei. Er gab in einer kurzen Ansprache seiner Freude über das gute Zusammenarbeiten der beiden Organisationen Ausdruck. Weitere anerkennende Worte zollte er unserem

langjährigen Vorsitzenden Kollegen Kiefer. Dieser dankte dem Gast im Namen der Versammlung für seine erfreulichen Ausführungen, die ihre Wirkung auch in diesem Jahre nicht verfehlen werden.

### Obermaschinenmeistergesuch für die Geschäftsbücherbranche.

Eine große süddeutsche Geschäftsbücherfabrik sucht zur Führung und Ueberwachung eines größeren Druckerpersonals einen tüchtigen Obermaschinenmeister auf Dauerstellung.

Derselbe muß in der Geschäftsbücherbranche sowie in den verschiedenen Druckverfahren zur Herstellung besserer Abzidenarbeiten gründlich erfahren sein.

Ausführliche Offerten mit Zeugnissen, Photographie, Gehalts- und Altersangaben sind zu richten unter „Geschäftsbuch 10“ an die Expedition dieses Blattes, Berlin C 2, Neuer Markt 8/12.

### Inhaltsverzeichnis.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen. Disziplin und Solidarität. Entschädigungen zu unseren Reichstagsparlamentarier. Der Beirat des Verbandes. Der Arbeitsmarkt im Januar. Zum Reichsaffordienstatist im Buchbindergewerbe. VDB-Vertrag. Hilfe für die Ausgesteuerten! Zur Beitragsfrage. Zur Neuregelung der Verbandsbeiträge. Gau Thüringen: Eine Lehrkassenfahrt nach Weimar. Johannes Frey f. Vorträge über alte und neue Buchkunst. Internationales: Der 4. Internationale Gewerkschaftskongress. Was bringt die Arbeitslosenversicherung: Richtigstellung. Die Herstellung von Zigarettenmaschinen in „Fleißarbeit“. Berichte: Annaberg-Buchholz. — Breslau. — Düsseldorf. — Halberstadt. — Hannover. — München. — Saarbrücken. Obermaschinenmeistergesuch für die Geschäftsbücherbranche. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Plakate zur Abwehr von Ueberstunden. — Adressenverzeichnis. — Berufsfremde Betriebe mit Buchbindereiabteilungen. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Rundfrage über Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Feststellungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit unserer zurzeit arbeitslosen Mitglieder, gemäß unserem Rundschreiben 177 vom 20. Januar, sind von einer Reihe der Zahlstellen noch nicht eingelangt worden. Wir bitten, die zu diesem Zweck mit dem Rundschreiben übersandten Fragebogen postwendend an uns einzusenden zu wollen.

2. Plakate zur Abwehr von Ueberstunden. Allen Gau- und Ortsverwaltungen werden in den nächsten Tagen einige Plakate zum Kampf gegen das Ueberstundenwesen zugehen. Wir bitten die Plakate an geeigneten Stellen auszuhängen und darauf hinzuweisen.

3. Adressenverzeichnis. Die Ausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses macht sich notwendig. Etwa uns noch nicht gemeldete Änderungen von Adressen der Bevollmächtigten, der Kassierer und der Vertrauenspersonen der Gauorte erbitten wir bis zum Ende des Monats Februar.

4. Berufsfremde Betriebe mit Buchbindereiabteilungen. Mit Rundschreiben 186 vom 4. Februar haben wir alle Gau- und Ortsverwaltungen um gewissenhafte Feststellung aller berufsfremden Betriebe ersucht, die Buchbinderei- bzw. Kartonnagenabteilungen u. a. haben, in denen Berufsangehörige unseres Gewerbes beschäftigt sind. Die hierzu notwendigen gedruckten Fragebogen sind den Bevollmächtigten in den letzten Tagen gefordert überandt worden. Bei größerem Bedarf bitten wir weitere Fragebogen in bester Zahl bei uns anzufordern. Für die Einlangung der Fragebogen ist Mitte April als Termin angesetzt, um den Zahlstellen genügend Zeit zu genauen Feststellungen zu geben.

### Abrechnungen

vom 4. Quartal 1926 gingen weiter bis zum 8. Februar bei der Verbandskasse ein von: Potsdam-Nova-

wes 320,20 Mk., = Dortmund 1400,— Mk., Düsseldorf 2515,80 Mk., = Nachen 300,— Mk., Koblenz 229,78 Mk., = Grünstadt —, = Mt., Mannheim 500,— Mk., = Gau Thüringen 457,20 Mk., Gotha 327,30 Mk., Jena 300,— Mk., Rulha —, = Mt., Tennstedt 38,40 Mk., = Ebersbach-Neugersdorf —, = Mt., Sebnitz —, = Mt., Zittau 200,— Mk., = Freiburg i. Br. 800,— Mk., Kirchheim-Teck 120,— Mk., Ulm 202,— Mk., = Gau Nordbayern 1047,90 Mk., Nürnberg-Fürth 1661,80 Mk., Schweinfurt 60,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolp, = Gau Schleien, = Bünde, Göttingen, = Dülmen, = Cleve, Trier, Wiesdorf, = Sieben-Wehlar, Hanau, Ludwigshafen, Marburg, = Gehren, Halle, Koburg, Weiskens, = Aue i. Erzg., Grimmitzschau, Grimma, = Lehr, Troffingen.

Für die Zahlstelle Chemnitz ist zu berichten, daß diese nicht 225,—, sondern 2255,— Mk. eingelangt hat.

### Adressenänderungen:

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.  
Burg bei Magdeburg: B.: A. Daehne, Unterm Hagen 20 II.  
K.: D. Müller, Grabower Str. 5 I.  
Gummersbach-Ränderoth: B.: A. Coors, Gummersbach, Robertstr. 39.  
K.: A. Wehler, Elberfeld, Röhstr. 7.  
Grünstadt (Pfalz): B. u. K.: Ph. Kranz, Oberfulzer Straße 6 II.  
Auszahlung: 5 bis 7, Sonntags 11 bis 12 Uhr.  
Kiel: B.: E. Müller, Kiel-Gaarden, Heingestr. 10.  
K.: D. Reih, Kiel, Knopferweg 110.  
Auszahlung beim Kassierer.  
Der Verbandsvorstand.